



Frau Bundeskanzlerin

---

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

12. Oktober 2018

---

# Wochenbericht KW 41

**forsa | Emnid | GMS | infratest dimap**

Wähleranteile:	Union zwischen 28 % und 26 %, SPD zwischen 17 % und 15 %, Grüne zwischen 18 % und 16 %, AfD zwischen 18 % und 14 %
Politische Aufgaben:	Bildungspolitik am wichtigsten Gute Beurteilung der Bundesregierung bei vielen politischen Aufgaben
Wirtschaft:	Pessimistische Erwartungen überwiegen
Eigene finanzielle Lage:	Die meisten Bundesbürger erwarten keine Veränderungen
Wichtigste Themen:	Abgas- bzw. Dieselskandal/Diskussion um Fahrverbote in Innenstädten Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik/ Abschiebungen

Steffen Seibert

## Wähleranteile

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/n-tv	<b>Emnid<sup>1</sup></b> für BamS	<b>GMS<sup>2</sup></b>	<b>infratest dimap<sup>3</sup></b> für ARD
CDU/CSU	28 (-)	26 (-1)	27 (-)	26 (-3)
SPD	16 (-)	17 (-)	15 (-1)	15 (-3)
FDP	9 (-)	9 (-)	10 (+1)	10 (+2)
DIE LINKE	10 (-)	11 (+1)	10 (-)	10 (-)
B'90/Grüne	18 (+1)	17 (+1)	16 (+1)	17 (+3)
AfD	14 (-1)	15 (-1)	18 (-)	16 (-)
Sonstige	5 (-)	5 (-)	4 (-1)	6 (+1)
Erhebungszeitraum	01.-05.10.	04.-10.10.	04.-10.10.	08.-10.10.

Die Union liegt bei forsa 12 (-), bei GMS 12 (+1), bei infratest dimap 11 (-) und bei Emnid 9 (-1) Prozentpunkte vor der SPD.

Die Union liegt bei Emnid und bei infratest dimap bei 26 %. Dies ist jeweils der niedrigste Wert seit Beginn der uns vorliegenden Zeitreihe im Jahre 1998 bzw. seit Erhebungsbeginn 1997.

Die SPD liegt bei GMS und bei infratest dimap bei 15 %. Dies ist jeweils der niedrigste Wert seit Beginn der uns vorliegenden Zeitreihe im Jahre 2005 bzw. seit Erhebungsbeginn 1997.

Die Grünen liegen bei forsa bei 18 %. Dies ist der höchste von diesem Institut gemessene Wert seit September 2011.

## Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/n-tv
Merkel	43 (-)
Nahles	13 (-)
Merkel	38 (+1)
Scholz	22 (+1)
Erhebungszeitraum	01.-05.10.

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 30 (-) Prozentpunkte vor Andrea Nahles und 16 (-) Prozentpunkte vor Olaf Scholz.

83 % (+3) der CDU-Anhänger präferieren Merkel und 3 % (-) Nahles. Von den CSU-Anhängern würden sich 73 % (+2) für Merkel und 2 % (-1) für Nahles entscheiden. 31 % (-1) der SPD-Anhänger präferieren Nahles und 33 % (-1) Merkel.

Bei der Alternative zwischen Merkel und Scholz sprechen sich 77 % (+3) der CDU-Anhänger für Merkel und 10 % (+1) für Scholz aus; von den CSU-Anhängern würden sich 68 % (+3) für Merkel und 11 % (+3) für Scholz entscheiden. 53 % (-1) der SPD-Anhänger präferieren Scholz und 22 % (-1) Merkel.

<sup>1</sup> Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (14.10.2018)

<sup>2</sup> im Vergleich zur KW 39

<sup>3</sup> im Vergleich zum letzten ARD-DeutschlandTREND / KW 36

## Problemlösungskompetenz

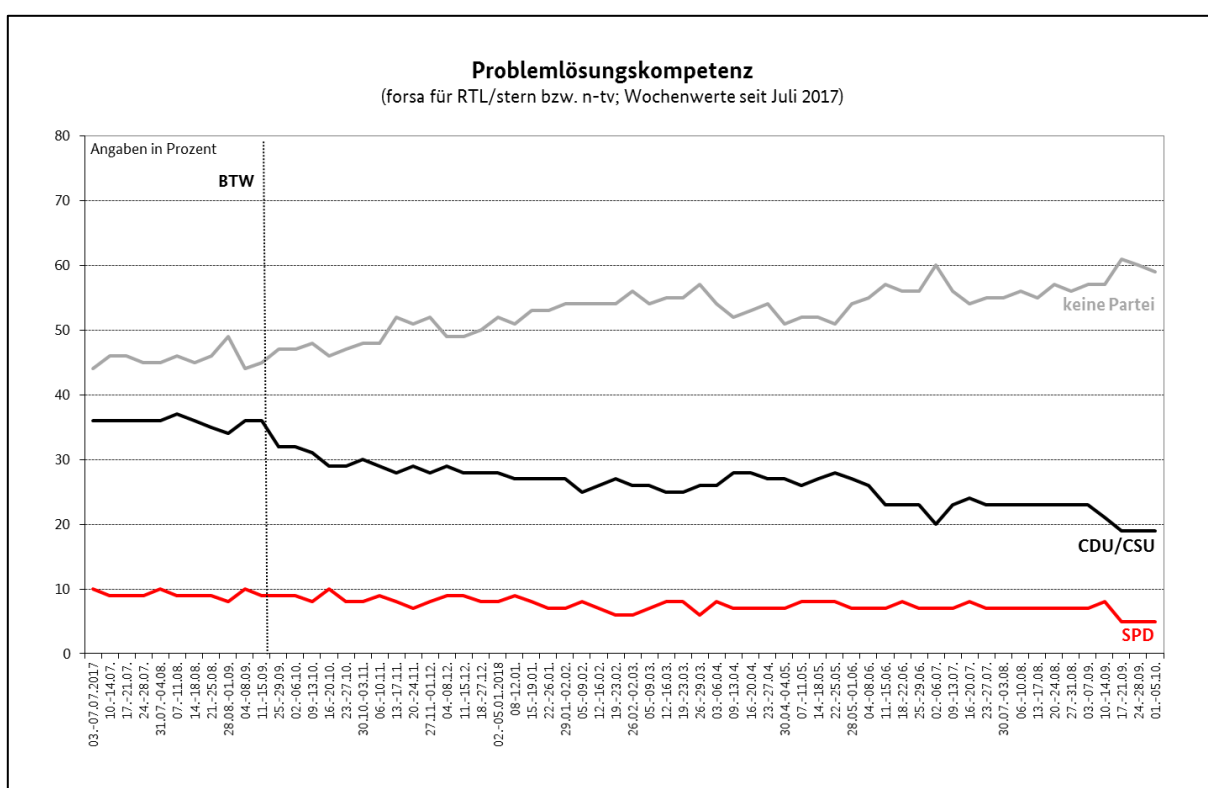
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
CDU/CSU	19	(-)
SPD	5	(-)
sonstige Parteien	17	(+1)
keine Partei	59	(-1)
Erhebungszeitraum	01.-05.10.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 14 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

59 % (-1) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

54 % (+1) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 32 % (-1) von ihrer Partei.



## Wichtigkeit politischer Aufgaben im Oktober 2018

Erhebung für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im September 2018

politische Aufgaben	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	71 (-1)	27 (+1)	1 (-)	1 (-)
Bedingungen der Pflege verbessern	66 (-4)	30 (+3)	3 (+1)	1 (-1)
Altersversorgung langfristig sichern	64 (-3)	32 (+4)	4 (+1)	0 (-1)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	63 (+1)	33 (-)	3 (-)	0 (-1)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	59 (+1)	38 (+3)	2 (-3)	0 (-)
Steuerlast gerecht verteilen	54 (-)	38 (-1)	6 (+1)	0 (-1)
innere Sicherheit gewährleisten	52 (-3)	41 (+3)	6 (+1)	1 (-)
Gesundheitswesen modernisieren	48 (-3)	41 (-)	7 (-)	2 (+1)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	47 (-5)	45 (+6)	6 (-)	1 (-1)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	44 (+1)	36 (-2)	14 (-2)	4 (+1)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	43 (+2)	45 (-1)	9 (-1)	2 (-)
Zuwanderung von Ausländern regeln	43 (-3)	43 (+5)	10 (-)	3 (-1)
Energiewende zügig vorantreiben	37 (+7)	46 (-2)	15 (-1)	2 (-2)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	36 (-1)	44 (+1)	11 (+1)	7 (-2)
für bezahlbare Strompreise sorgen	34 (+1)	49 (+2)	15 (-2)	1 (-1)
neue Technologien fördern	33 (-)	52 (+2)	10 (-6)	3 (+2)
deutsche Interessen in der EU vertreten	32 (+2)	55 (+4)	10 (-5)	2 (-)
Verbraucherschutz stärken	30 (+6)	52 (-3)	15 (-2)	1 (-1)
Staatsschulden begrenzen	28 (+2)	50 (-)	17 (-1)	4 (-)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	24 (+2)	56 (+3)	15 (-6)	4 (+1)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	19 (-5)	62 (+5)	15 (+2)	2 (-)
Erhebungszeitraum	03.-09.10.2018			

Die Bildungspolitik ist für die Bundesbürger die wichtigste politische Aufgabe und wird überdurchschnittlich häufig von 30- bis 39-Jährigen (79 %) sowie von Anhängern der Linkspartei (92 %), der Grünen (81 %) und der Union (79 %) als sehr wichtig angesehen. Personen mit hoher und mittlerer formaler Bildung nennen diese Aufgabe häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (77 % zu 64 %).

Die Aufgabe "Bedingungen der Pflege verbessern" wird von 40- bis 59-Jährigen (74 %) sowie von Anhängern der AfD (82 %) und der Union (76 %) überdurchschnittlich häufig als prioritär angesehen. Frauen nennen diese Aufgabe häufiger als Männer (72 % zu 61 %) und Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung häufiger als Personen mit hoher formaler Bildung (73 % zu 56 %).

## ● Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen im Oktober 2018

Ernied für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im September 2018

politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	68 (-1)	23 (+3)
deutsche Interessen in der EU vertreten	68 (+3)	26 (-2)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	64 (-2)	30 (+3)
neue Technologien fördern	62 (-)	30 (-)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	62 (+1)	34 (+1)
Staatsschulden begrenzen	58 (-1)	34 (+2)
Verbraucherschutz stärken	57 (+3)	36 (-1)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	56 (-)	37 (+2)
innere Sicherheit gewährleisten	56 (-)	41 (+2)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	53 (+1)	40 (-2)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	50 (-2)	46 (+3)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	46 (-5)	52 (+6)
für bezahlbare Strompreise sorgen	45 (-3)	46 (+3)
Energiewende zügig vorantreiben	42 (-4)	55 (+8)
Gesundheitswesen modernisieren	41 (-5)	52 (+3)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	41 (-2)	55 (+2)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	33 (-1)	62 (+2)
Altersversorgung langfristig sichern	33 (-4)	63 (+6)
Bedingungen der Pflege verbessern	33 (-)	63 (+1)
Steuerlast gerecht verteilen	32 (+1)	64 (+1)
Zuwanderung von Ausländern regeln	31 (-)	64 (-)
Erhebungszeitraum	03.-09.10.2018	

In 11 von 21 Politikfeldern bewertet mindestens die Hälfte der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut. Die höchste Zustimmung erhält die Bundesregierung für die Wirtschaftspolitik und die Vertretung deutscher Interessen in der EU (jew. 68 %).

Im Vergleich zum Vormonat bewertet in den Politikfeldern "für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen" und "Gesundheitswesen modernisieren" jeweils ein um 5 Prozentpunkte geringerer Anteil der Bevölkerung die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut.

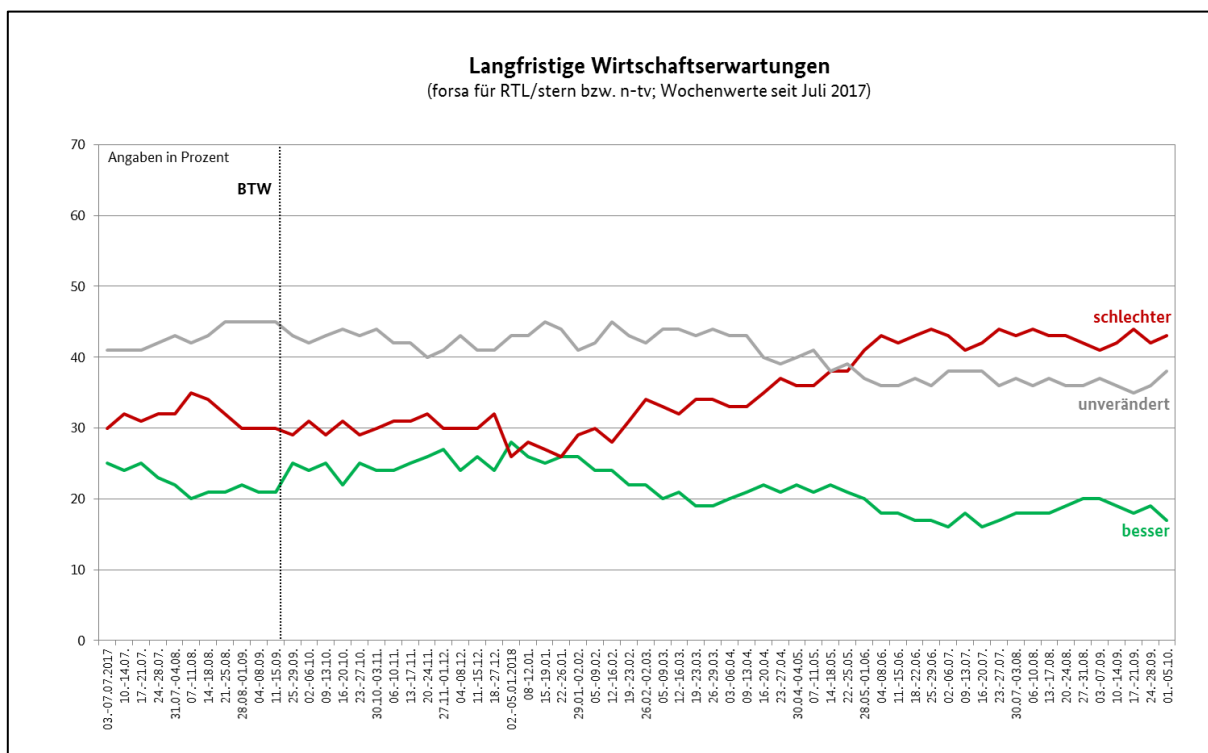
## Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	17	(-2)
schlechter	43	(+1)
unverändert	38	(+2)
Erhebungszeitraum	01.-05.10.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche leicht verschlechtert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 26 (+3) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



## ● Bewertung der eigenen gegenwärtigen finanziellen Lage

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 38

	<b>forsa</b> für BPA	
besser als vor einem Jahr	18	(+3)
schlechter als vor einem Jahr	14	(-1)
genauso wie vor einem Jahr	68	(-1)
Erhebungszeitraum	01.-05.10.	

Unter 45-Jährige nehmen deutlich häufiger eine Verbesserung ihrer gegenwärtigen finanziellen Lage wahr als über 60-Jährige (28 % zu 6 %), Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (23 % zu 12 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (25 % zu 10 %).

Ostdeutsche (20 %) nehmen überdurchschnittlich oft eine Verschlechterung ihrer gegenwärtigen finanziellen Lage wahr.

## ● Bewertung der eigenen zukünftigen finanziellen Lage

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 38

	<b>forsa</b> für BPA	
in einem Jahr besser	22	(-)
in einem Jahr schlechter	13	(+3)
ungefähr so wie jetzt	64	(-2)
Erhebungszeitraum	01.-05.10.	

Unter 30-Jährige erwarten deutlich häufiger eine Verbesserung ihrer finanziellen Lage als über 60-Jährige (41 % zu 7 %). Auch Geringverdiener (27 %) sind hier überdurchschnittlich oft optimistisch.

45- bis 59-Jährige (18 %) gehen überdurchschnittlich häufig von einer Verschlechterung ihrer finanziellen Lage aus.

## ● Günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 38

	forsa für BPA	
zurzeit günstig	47	(-2)
zurzeit eher ungünstig	44	(+2)
Erhebungszeitraum	01.-05.10.	

30- bis 59-Jährige (53 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass zurzeit ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre. Personen mit hoher formaler Bildung glauben dies häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (55 % zu 32 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (62 % zu 26 %).

Ostdeutsche (54 %) meinen überdurchschnittlich oft, man sollte sich zurzeit mit größeren Anschaffungen eher zurückhalten.

## ● Einschätzung: Wie sehen die meisten Bürger ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 38

	forsa für BPA	
eher optimistisch	46	(-2)
eher pessimistisch	29	(-1)
Erhebungszeitraum	01.-05.10.	

Gutverdiener (56 %) und Personen mit hoher formaler Bildung (53 %) und 30- bis 44-Jährige (52 %) glauben überdurchschnittlich oft, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzen.

Ostdeutsche (43 %), Mittelverdiener (36 %) und Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (35 %) glauben überdurchschnittlich häufig, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher pessimistisch einschätzen.



## Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	<b>infratest dimap</b> für BPA
Abgas- bzw. Dieselskandal/Diskussion um Fahrverbote in Innenstädten	19 (-3)
Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik/Abschiebungen	16 (-5)
Hambacher Forst: Besetzung, Räumung	11 (+7)
Landtagswahl Bayern	6 (+5)
Umweltpolitik/ -schutz	5 (+4)
Klimawandel, globale Erwärmung, CO <sub>2</sub> -Ausstoß	5 (+5)
Gegenwärtige Politik, Parteien und Politiker in Deutschland allgemein	5 (+3)
Erhebungszeitraum	09.-10.10.

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am meisten mit den Themen "Abgas-bzw. Dieselskandal/Diskussion um Fahrverbote in Innenstädten" und "Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs- und Asylpolitik/Abschiebungen".

50- bis 64-Jährige (26 %) sowie Anhänger der AfD (32 %) und der SPD (24 %) nennen den Abgas- bzw. Dieselskandal überdurchschnittlich häufig.

Anhänger der AfD (31 %), der FDP (27 %) und der Union (23 %) erwähnen das Thema "Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs- und Asylpolitik/Abschiebungen" besonders oft.

